

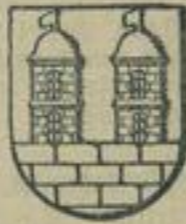
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postschekkonto Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelabnahme monatlich 3 M., durch unsere Mitglieder zufragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 3 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postankalten und Postboten sowie unsere Mitglieder und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 60000 M. für die 6-spaltige Kopfszeile oder deren Raum, Restamen, die 2-spaltige 120000 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Kopfszeile 120000 M. Nachweisungsgebühr 4000 M. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 98.

Donnerstag / Freitag 23. / 24. August 1923

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

- Bis zum 25. August 1923 ist zu zahlen an die Stadt- bez. Ortssteuereinnahme:
1. Die erhöhte Einkommensteuer-Vorauszahlung. Diese beträgt das 400 bez. 1600fache der im Steuerbescheid für 1922 festgesetzten Vorauszahlung und
 2. die erste Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe. Diese beträgt das Doppelte der unter 1. genannten Vorauszahlung.
 3. Die nach dem 30. Juni 1923 fällig werdenden Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer. Diese erhöhen sich auf das 600 bez. 1600fache. (Vergl. Pressenotiz.)
 4. In der Zeit vom 1. September d. J. bis zum 29. Februar 1924 ist am 1. jeden Monats die Abgabe der Betriebe zu zahlen. Diese beträgt das 2fache der Beträge, die der Arbeitgeber gemäß § 46 des Einkommensteuergesetzes in der Zeit vom 1. September 1922 bis zum 29. Februar 1924 an das Reich abzuführen hat.
 5. Die Protovororgungsabgabe war am 1. August fällig. Diese betrug das 10fache der Zwangsanleihe.

Die unter 3., 4. und 5. genannten Steuern sind an die Finanzkasse abzuführen. Nach Ablauf der Zahlungsfristen erfolgt ohne weiteres Zwangsvollstreckung, außerdem wird ein erheblicher Verzugszuschlag erhoben. Stundungs- oder Erlassgesuche haben keine Aussicht auf Erfolg. Die Umsatzsteuervorauszahlungen sind jeweils bis zum 10. jeden Monats abzuführen. Das Finanzamt.

Mittwoch, den 29. August 1923, vormittags 1/9 Uhr
wird im Verhandlungsaal des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes öffentliche Sitzung des **Bezirksausschusses** abgehalten werden. Die Tagesordnung ist vom

21. August 1923 ab im Aushangkasten und im Eingangsbau der Amtshauptmannschaft angehängt.
Meißen, am 20. August 1923. Die Amtshauptmannschaft.

Zur Behebung des immer größer werdenden Mangels an Zahlungsmitteln hat sich der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Meißen gezwungen gesehen, **Gutscheine** im Werte von

**500 000 Mark,
1 Million Mark und
2 Millionen Mark**

zur Ausgabe zu bringen. Um den gewünschten Erfolg zu erreichen, werden sämtliche Kreise des Bezirks gebeten, diese Gutscheine des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Meißen an Zahlungsstatt anzunehmen. Der Gegenwert der ausgegebenen Gutscheine ist an Reichsbankanweisungen bei der Reichsbankniederstelle in Meißen hinterlegt. Die Einziehung und Wiedereinlösung durch die Bezirkskassenverwaltung wird öffentlich bekanntgegeben werden. VI I Allg. 75.

Meißen, den 20. August 1923. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Die Gebühren für die Reinigung der Schornsteine betragen ab 20. August 1923 das **142000fache** der Grundgebühren vom 31. März 1921. Durch das Anpassen der Löhne der Schornsteinfegermeister und Schornsteinfegergehilfen an den jeweilig festgesetzten Tariflohn eines Gemeindehandwerkers müssen die Rehrgebühren naturgemäß nach den gleichen Grundätzen berechnet werden. Sie erhöhen sich also fortlaufend mit den Löhnen der Schornsteinfeger.

Weitere Bekanntmachungen über die jeweilige Höhe der Gebühren werden nicht mehr erlassen. Die Gebühren sind jederzeit im Verwaltungsgebäude, Zimmer Nr. 14 oder aus den von dem Schornsteinfegermeister zu führenden amtlichen Nachweise zu erfahren.

Wilsdruff, am 21. August 1923. Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Gegenwärtig finden Verhandlungen innerhalb des Reichsfinanzministeriums über die Goldanleihe statt.
- * Scharfe Anordnungen der Reichsregierung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Ernährungsnot, sowie des Währungsverfalls werden erlassen.
- * Der frühere Reichskanzler Dr. Brüch ist in Moskau eingetroffen.
- * Die französische Antwort auf die letzte Note Englands in der Reparationsangelegenheit umfaßt 30 bis 50 Druckseiten.

Ohne Schminke.

Jose Blätter eines Volkswirts.

Am Dienstagmorgen meldete der Draht, daß der Dollar in Amerika die 1-Milliardengrenze erreicht habe. Die Mark ist damit auf ein zweimillionstel ihres Vorkriegswertes gesunken. Tiefer geht es nimmer — sagt man. Doch, es geht tiefer. In Sowjetrußland zahlt man etwa 300 Millionen Rubel für einen Dollar. Ein magerer Trost, aber ein Trost...

Vielmehr heißt es, die „Goldrechnung“ solle helfen — Goldlöhne, Goldgehälter.

Jetzt, wo die Goldrechnung vollkommen oder annähernd durchgedrungen ist, tracht es mit einem Male im Gebälge, zahlreiche Industrien, die bisher blühten, und andere, die sich recht und schlecht über Wasser hielten, erklären, daß sie außerstande seien, die geforderten Goldlöhne zu zahlen. All die Industrien und Gewerbe, die den an sie herantretenden Erfordernissen nicht gewachsen sind — und sie sind es zum Teil wirklich nicht — sehen sich gezwungen, die Erzeugung einzuschränken, Kurzarbeit einzuführen und, worüber wenigstens abzuhängen.

Unter die Produktionsbedingungen des Weltmarktes gestellt, können sie, wie es sich zeigt, nicht mit. Die Gold- oder vielmehr die Indexlöhne werden also demnach häufig nur auf dem Papier stehen, denn verkürzte Arbeit gewährt nur verkürztes Lohn. Die Konsumfähigkeit des Arbeiters wird nicht steigen, auch von nun an wird er nur das Dringendste kaufen können. Mit anderen Worten, die deutsche Industrie ist nicht imstande, ihre Arbeiter ausreichend zu bezahlen. Jetzt, wo der Selbstbezug der Inflation aufhört, steht sie am Zusammenbruch, ihre Scheinblüte verweht. Die „unsichtbare Arbeitslosigkeit“ wird sehr bald sichtbar werden.

Sichtbar wird auch Deutschlands Armut. Läden und Warenhäuser sind leer von Käufern, Fabriken, Grob- und Detailisten sehen nichts ab. Niemand vermag Goldpreise zu bezahlen, niemand seinen Bedarf zu befriedigen. Wenn der einzelne überhaupt nicht in der Lage ist, den Anzug, die Stiefel, das Hemd zu kaufen, das er unumgänglich benötigt, wenn er nur knappstens soviel essen kann, um den Hunger zu stillen und die Qualität der Nahrung auf ein Mindestmaß herabsetzen muß, so ist das der Beweis der

Armut. Es sind die Daseinsbedingungen des Bettlers.

Ein in die Augen springender Beweis der Armut ist die Tatsache, daß die Bevölkerung der Stadt Berlin — in anderen Städten wird das der gleiche Fall sein — sich keine Straßenbahn leisten kann. Der Hunderttausendmark-Jahrespreis entspricht den zehn Pfennigen von früher; es gibt nicht genug Leute in Berlin, fähig, zehn Goldpfennige anzulegen, um die Straßenbahn rentabel zu erhalten. Der größte Teil der Bevölkerung ist so arm, daß er zu Fuß laufen muß. Die Straßenbahn ist bereits unerschwinglicher Luxus.

Es ist begreiflich, daß alles übrige, alles was über das primitivste Existenzminimum hinausgeht, sich binnen kurzem als unerschwinglicher Luxus offenbaren wird. Wenn in Sachsen und Mitteldeutschland Hunderte von Zeitungsbetrieben schließen wollen, weil sie die neuen Löhne nicht zahlen können, so heißt das nichts anderes, als daß die Bevölkerung sich Zeitungen nicht mehr zu leisten imstande ist; sie wäre es nur dann, wenn sie die erforderlichen Abonnementspreise zahlen könnte. Glaubt man ferner, daß die Cafés genügend regelmäßige Gäste haben werden, die 500 000 Mark für eine Tasse Kaffee und etwa 200 000 Mark für das Stück Kuchen aufbringen können? Wird es bei Alnos, Theater, Restaurants, Konzerten anders werden? Raum, und wenn jetzt vielleicht noch nicht, dann in wenigen Wochen. Man darf sich nicht dadurch beirren lassen, daß es stets einzelne, oder eine gewisse Schicht gibt, die es sich „leisten“ kann. Diese Schicht ist zu dünn und wird immer dünner. Sie reicht nicht hin, um die Betriebe lebensfähig zu erhalten.

Die Verleger wissenschaftlicher Werke haben angekündigt, sie müßten die Büchererzeugung einstellen, da die Unkosten der Herstellung künstlich nicht einzubringen wären. Der Stillstand wissenschaftlicher Literatur ist ein Stillstand der Kultur, und das bedeutet Rückschritt und Verfall. Es bedeutet, daß die Wissenschaft in ihrer Arbeit aufschwerfte gehemmt wird. Der Dichtung wird es nicht besser ergehen. Wer kann schöngedruckte Bücher kaufen, der nicht einmal Straßenbahn fahren kann? Die Dichter sind mundtot gemacht, ihre Kunst muß verdorren. Auch die der Schauspielerei, die keine Bühnen finden, wo sie spielen können. Jeder Nachwuchs ist verurteilt, im Reine zu erstickern.

Mit einem Male erblickt man in erschreckender Deutlichkeit Deutschlands wirkliche Armut. Sie grinst uns entgegen wie eine verfallene Frage, die bisher bei künstlichem Licht und von Schminke überdeckt über ihr wahres Aussehen hinwegtäuschte. Licht und Schminke waren die trügerische Kalkulation, auf der während der letzten viereinhalb Jahre die deutsche Wirtschaft gebaut gewesen ist; sie stützte sich in Wahrheit auf die Banknotenpresse. Man hat Deutschland und die Welt mit bedrucktem Papier überschwemmt, dieses Verfahren hat natürlich einmal eine Grenze; sie ist nun erreicht und das Gebäude stürzt zusammen. Deutschlands ausgeblasener Wohlstand schrempft in sich ein, er erweist sich, auf das Maß des Tat-

sächlichem reduziert, als jüngerliche Armut. Die schillernde Seifenblase ist geplatzt, und in ihr war nur Luft, ihre Materie ist nichts, nur ein wenig Schaum.

Die grausame Wirklichkeit dürfte eigentlich niemanden überraschen, denn ebenso wenig wie in der Physik, gibt es in der Wirtschaft Wunder. Ein Land, das nach den Erschöpfungen jahrelangen Krieges verstimmt worden, das ungeheure Leistungen in Geld und Dingen zu vollbringen hatte, das man mit einer unteilbaren Schuld belastete, das vom Bürgerkrieg, Wirnissen, Streiks und inneren Kämpfen aller Art unterwühlt wurde — ein solches Land muß arm sein.

Deshalb kann es trotzdem gesund sein. Man kann ihm den Aufstieg ermdöglichen, wenn im Vertrauen auf seine bewiesenen Fähigkeiten Kredit gewährt wird. Aber ohne solchen geht es nicht, aus eigenen Kräften allein kann es nicht empor. Ein Volk ist nicht in allem, doch in vielem ebenso, wie ein einzelner Mensch zu betrachten; stellt er doch nichts anderes dar wie die Gesamtheit einer bestimmten Willkürzahl von Menschen, die durch Klasse, Gewohnheiten, Anlagen eine Einheit bilden. Seine Lebensäußerungen sind der Ausdruck der Regungen jener zusammengehörigen Millionen. Man muß also ein Volk ungefähr wie einen Menschen behandeln, muß ihm, wenn man von ihm etwas will, Chancen zum Leben bieten, und zwar bessere als die eines Bettlerdaseins. Dr. E. B.

Sachsen und Bayern.

Darlegungen des Reichsinnenministers. Einem Berliner Zeitungsvertreter gegenüber äußerte sich der neue Reichsminister des Innern über die politische Lage. Er kam dabei auch auf die Verhältnisse in Sachsen und Bayern zu sprechen, die in letzter Zeit besonders die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenkten. Minister Solmann führte darüber u. a. an:

Bedrohlich war die Lage während der ersten Tage nach dem Amtsantritt des neuen Reichskabinetts in Teilen des Reichsstaats und der Provinz Sachsen. Unzweifelhaft sind dort schwere Ausschreitungen gegen die Produktionsstätten und die Unternehmer vorgekommen. Diese Verhältnisse bildeten den Gegenstand einer Aussprache zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüchmann, dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und mir. Diese Unterhaltung hat gezeigt, daß die sächsische Regierung den Willen und die Macht hat, gegen ungeheuerliche Handlungen Unverantwortlicher einzuschreiten. Die Verhältnisse in diesem Gebiete haben sich seitdem erheblich gebessert. Es wäre nur zu hoffen und zu wünschen, daß bei politisch und wirtschaftlich gesulter Teil der Arbeiterschaft gegen solche Ausschreitungen mehr zur Wehr steht, als es bisher geschehen ist.

Wenn in Bayern durch einige Zeitungen davon gesprochen wird, daß nunmehr neue zentralistische Experimente kommen würden, so ist von solchen Plänen im Reichsinnenministerium nichts bekannt. Der neue Reichsinnenminister hat sich während seiner Tätigkeit im Rheinlande die Erhaltung der Einheit des Reichs zum wichtigsten politischen Ziel gesetzt.